



Wiesbaden, 24.11.2023

Forderungen hessischer Schulkindeltern im Rahmen der Koalitionsverhandlungen umfassend berücksichtigen

Im Vorfeld der Landtagswahl haben der hessische Landeselternbeirat sowie hessische Kreis- und Stadtelternbeiräte in einem gemeinsamen Arbeitsprozess 10 Forderungen an die Fraktionen im Landtag zur Wahl erarbeitet und verschickt. Die Forderungen sind nachzulesen unter <https://leb-hessen.de/fuer-eltern/wahlpruefsteine/forderungen-eltern-2023/>.

Aktuell finden in Hessen Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und SPD statt. Hierzu wurde von den zukünftigen Koalitionären ein gemeinsames Eckpunktepapier veröffentlicht. Aus Sicht hessischer Schulkindeltern ist es sehr begrüßenswert, dass Bildung darin gleich als erstes Schwerpunktthema behandelt wird. Jedoch folgt aus der hohen Priorisierung des Themas keineswegs, dass die geplante inhaltliche Ausgestaltung mit den Forderungen hessischer Schulkindeltern übereinstimmt. Deutliche Nachschärfungen sind erforderlich insbesondere in den Bereichen Klimawandel als Thema im Schulunterricht, kostenfreiem Hessenticket für alle, Ausstattung mit digitalen Endgeräten für alle Schüler*innen, Suizidprävention, Inklusion, Schulsozialarbeit, kleineren Klassen sowie Revolution des Schulsystems.

Wir, hessische Kreis- und Stadtelternbeiräte, fordern die Verhandlungsparteien CDU und SPD dringend dazu auf, die Erwartungen hessischer Eltern, die diese im Namen ihrer Kinder und für ihre Kinder zusammengetragen haben, ernst zu nehmen und um-

fassend in den Koalitionsverhandlungen zu berücksichtigen. Der zukünftigen Kultusministerin/dem zukünftigen Kultusminister wünschen wir viel Erfolg und hoffen auf eine gute Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

Unsere Forderungen sowie deren Behandlung im Eckpunktepapier im Einzelnen:

1. „Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen für unsere Kinder“: Im Eckpunktepapier wird der Klimawandel weder in der Einleitung als Herausforderung unserer Zeit benannt, noch im Abschnitt zu Bildung behandelt. Vielmehr wird Klima erst an neunter Stelle der Schwerpunkte der zukünftigen Koalition genannt und findet damit deutlich zu wenig Beachtung. Der Klimawandel wird das Leben unserer Kinder entscheidend beeinflussen, Schule muss sie bestmöglich darauf vorbereiten.
2. „Schulwege kosten Zeit und Geld“: Die Forderung nach einem kostenfreien Hessenticket für alle Schüler*innen bis zum angestrebten Schulabschluss und unabhängig vom Schulweg als einem wichtigen Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit wird nicht aufgegriffen. Es erfolgt auch kein Bekenntnis zur Fortführung des neu eingeführten Ausflusstickets über 2024 hinaus.
3. „Flexibler Ganzttag in den Grundschulen“: Die zukünftigen Koalitionäre bekennen sich dazu, den aus einem Bundesgesetz resultierenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung umzusetzen. Dies ist begrüßenswert. Wir als hessische Schulkindereltern äußern die Erwartung, in die individuelle Gestaltung der Ganztagsbetreuung eingebunden zu werden.
4. „Die Digitalisierung an Schulen ist spätestens seit der Corona-Pandemie in aller Munde“: Laut dem Eckpunktepapier wollen die Koalitionäre „ab der 7. Klasse [...] in Unterstützung der Schulträger digitale Endgeräte sicherstellen und einen kostenfreien Zugang zu digitalen Endgeräten in der Schule ermöglichen, wenn es integraler Bestandteil des Unterrichts ist.“ Hessische Kreis- und Stadtelternbeiräte haben bereits am 21.2.2023 in einem offenen Brief an Kultusminister Prof. Dr. Lorz und die Regierungsparteien in Hessen die Forderung geäußert, dass digitale Endgeräte unter die Lernmittelfreiheit fallen. Es darf nicht sein, dass die Finanzstärke der Städte und Kreise (und die Finanzstärke der Eltern) darüber entscheidet, wer an hessischen Schulen mit Tablets arbeitet und wer nicht. Im Wahlprogramm der CDU zur Hessenwahl heißt es: "Wir sichern jedem Kind ein digitales Endgerät und schaffen an jeder Schule virtuelle Schulräume, um Kindern und Jugendlichen beste Perspektiven für das Zeitalter der Digitalisierung zu ermöglichen." Die SPD schreibt in ihrem Wahlprogramm: „Wir wollen, dass Bildungserfolg nicht vom Einkommen der Eltern oder überhaupt von äußeren Rahmenbedingungen abhängt.“ CDU und SPD fallen im Eckpunktepapier somit klar hinter ihre Versprechen vor der Landtagswahl zurück.
5. „Fachkräftemangel und fehlende Azubis sowie neue Berufe“: Die geplanten Verbesserungen zur Berufsorientierung in allen Schulformen begrüßen wir.
6. „Suizidprävention“: Die geforderte Einrichtung einer hessenweiten Koordinierungsstelle zur Suizidprävention wird im Eckpunktepapier nicht aufgegriffen. Suizid bei Kindern und Jugendlichen wird in der Gesellschaft tabuisiert. Eine wissenschaftlich fundierte Aufklärung zum Umgang mit suizidgefährdeten Kindern und Jugendlichen findet weder für Eltern oder Lehrer*Innen noch für die

Gefährdeten selbst statt. Dabei wäre es umso wichtiger, offen mit den möglichen Ursachen und deren Erkennung umzugehen, um jungen Menschen und deren Familien ein solches Schicksal zu ersparen.

7. „Inklusion gelingt nur zusammen“: Auch das Thema der Inklusion sowie die damit einhergehenden personellen sowie räumlichen Herausforderungen und Bedarfe werden voraussichtlich keinen wichtigen Aspekt der hessischen Bildungspolitik darstellen. Im Wahlprogramm der SPD zur Landtagswahl werden die Forderungen hessischer Schulkinderkern zu dem Thema unter der Überschrift "Inklusion und individuelle Förderung – längeres gemeinsames Lernen stärken" nahezu vollständig erfüllt. Es ist ausgesprochen bedauerlich, dass davon nichts in das Eckpunktepapier von CDU und SPD Eingang gefunden hat und Schulkinderkern sich bei diesem komplexen Thema oft noch alleingelassen fühlen.
8. „Sozialarbeit an den Schulen / Schulgesundheitsfachkräfte“: Die Forderungen hessischer Schulkinderkern rund um Schulen nicht nur als Lernorte, sondern auch als Lebensorte, werden im Eckpunktepapier ebenfalls nicht adressiert. Auch diesem Thema hat die SPD in ihrem Wahlprogramm umfassend Raum eingeräumt – es aber nicht in das Eckpunktepapier eingebracht.
9. „Kleine Klassen und genügend Lehrkräfte“: Die zukünftigen Koalitionäre wollen mehr Stellen für Lehrer*innen an Schulen schaffen. Das allein reicht jedoch nicht aus. Dringend erforderlich sind auch kleinere Klassen. Bildung ist in überfüllten Klassen nicht vermittelbar. Es ist für die Schaffung von kleineren Klassen nicht ausreichend, nur Lehrer*innen einzustellen, es muss auch gewährleistet werden, dass es adäquate Lernorte in den Schulen geben wird. Schon heute muss die Politik die Mittel für entsprechende Baumaßnahmen bereitstellen, damit kleinere Klassen am Ende nicht an fehlenden Raumkapazitäten scheitern.
10. „Es braucht nichts weniger als eine Revolution des Schulsystems!“: Im Eckpunktepapier von CDU und SPD deutet nichts darauf hin, dass eine grundlegende Änderung des bisherigen Schulsystems vorgesehen ist. Damit werden grundlegende wissenschaftliche Erkenntnisse zum Thema lebenslangen Lernens weiterhin ignoriert.

Kreiselternbeirat Bergstraße
Stadtelternbeirat Darmstadt
Kreiselternbeirat Darmstadt-Dieburg
Kreiselternbeirat Fulda
Kreiselternbeirat Gießen
Stadtelternbeirat Hanau
Stadtelternbeirat Kassel
Stadtelternbeirat Marburg
Kreiselternbeirat Marburg-Biedenkopf
Kreiselternbeirat Odenwaldkreis
Stadtelternbeirat Wiesbaden